

Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 62

28. August 1975

Dieter Schmale

Lüdenscheid in den Notjahren 1945 bis 1948

Politische und administrative Verhältnisse in einer westfälischen Mittelstadt nach dem Zusammenbruch

Fortsetzung von Nr. 61

4. Das Interesse der Bevölkerung an den lokalpolitischen Ereignissen

Der größte Teil der Bevölkerung zeigte sich den politischen Ereignissen gegenüber desinteressiert. Für diese Haltung liegen verschiedene Gründe vor. In der Zeit des NS-Regimes war die Bevölkerung einer ständigen Parteipropaganda ausgesetzt und mit politischen Parolen geradezu überschüttet worden. Diese massive Beeinflussung und die Katastrophe des 3. Reiches hatten den Bürgern das politische Interesse gründlich verleidet. Die meisten von ihnen wünschten nach dem Zusammenbruch nicht mehr mit politischen Fragen behelligt zu werden. Wer in der NSDAP tätig war oder seine Sympathie für sie bekundet hatte, hielt sich aus Gründen der Vorsicht vom politischen Leben zurück. Die politisch unbelasteten Bürger verhielten sich z. T. zunächst abwartend und standen der Besetzung skeptisch gegenüber. Aus verschiedenen Gesprächen im Frühjahr 1945 hörte ich die Vermutung, daß jetzt die Kommunisten mit Hilfe der Amerikaner an die Macht kämen. Die anfängliche Tätigkeit des „Antifaschistischen Komitees“ wird wohl der Anlaß zu diesen Vermutungen gewesen sein. In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch war noch wenig von einem „Umschwung“ zu spüren. Die Amerikaner traten als „Sieger“ auf und machten sich durch Beschlagnahme von Wohnungen und anderen Maßnahmen unbeliebt. Die meisten Bürger konnten nicht einsehen, daß es sich dabei in den meisten Fällen um unvermeidbare Härten handelte, die die Kriegsergebnisse mit sich brachten. Aus der ersten Zeit der Besetzung ist mir noch ein kleiner Vers bekannt, der in der Bevölkerung umging und ihre Stimmung kennzeichnete: „Es komme bald das 5. Reich, das 4. ist dem 3. gleich.“

Als die Bürger nach einiger Zeit feststellten, daß die Militär-Regierung den Deutschen in einer schrittweisen Entwicklung Raum zu eigener politischer Initiative beließ und dabei durchaus nicht mit linksradikalen Gruppen korrespondierte, waren andere Probleme an die Stelle des anfänglichen Mißtrauens und der Resignation getreten. Die Sorgen um Nahrung, Brennstoff und ausreichenden Wohnraum beanspruchten die Kräfte der Bevölkerung so stark, daß kaum Zeit und Kraft für ein politisches Engagement blieben. Wirksame Initiativen gingen nur von einzelnen Persönlichkeiten aus, die sich z. T. in aufopfernder Weise für das

Wohl der Stadt und die Bevölkerung einsetzten. Soweit ich es beurteilen kann, traten ausgesprochene „Führernaturen“ in Lüdenscheid nicht in Erscheinung. Man war von Anfang an bestrebt, eine gemeinsame Basis zu finden und die Aufgaben in Gemeinschaftsarbeit zu bewältigen. Wie ich von Oberstadtdirektor i. R. Born erfuhr, war das Desinteresse der Bevölkerung nicht nur typisch für Lüdenscheid. Im „Deutschen Städtetag“ sprach Born wiederholt mit Kollegen über dieses Problem und stellte dabei fest, daß es in anderen Städten ebenso vorlag. Die Sorge um die Existenz ließ die Bürger nicht dazu kommen, sich an der Lokalpolitik und am Wiederaufbau zu beteiligen. (Mündl. Auskunft v. H. Born).

5. Die Presse

Einige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner stellte die lokale Tageszeitung „Lüdenscheider Generalanzeiger“ ihr Erscheinen ein. Die Bevölkerung war nun ganz und gar auf Rundfunkinformationen angewiesen. Bereits zwei Tage nach der Besetzung, am Montag, d. 16. April 1945, erschien wieder die erste Zeitung. Es waren die „Amtlichen Bekanntmachungen“ — Mitteilungen für die Bevölkerung von Stadt und Amt Lüdenscheid. Die vorläufige Stadt- und Amtsverwaltung gab dieses Blatt, das im Volksmund bald das „Blättchen“ hieß, im Auftrage der Militär-Regierung zweisprachig heraus. Es erschien nach Bedarf und wurde kostenlos an die Bevölkerung verteilt. Bis zum 4. 6. 45 war der Text in deutscher und englischer Sprache gedruckt. Vor dem Druck mußte der Text zur Zensur vorgelegt werden. Im Laufe des Jahres 1947 hob die Militär-Regierung diese Vorzensur auf und unterstellte das Blatt der Verantwortung des Oberstadtdirektors. Die Auflagenzahl betrug — abgesehen von zeitweisen Beschränkungen — 8000 bis 10000 Stück, zuletzt sogar mehr als 20000 Stück. Am 31. Januar 1950 erschienen die „Amtlichen Bekanntmachungen“ mit der Nr. 247 zum letzten Mal. Sie waren in der Stadtgeschichte die erste eigene kommunale Zeitung¹¹⁸).

Die äußere Aufmachung der „Amtlichen Bekanntmachungen“ entsprach ganz dem Grundzug der Zeit. Auf der ersten Seite erschienen als „Thema Nr. 1“ die Aufrufe über die Zuteilungen an Versorgungsgütern. Hin und wieder rief auch die Stadtverwaltung auf der ersten Seite zu Spenden-

aktionen auf. Die Innenseiten enthielten allgemeine Bekanntmachungen der verschiedenen Ämter, Familienanzeigen und Hinweise auf kulturelle Veranstaltungen. Die Papierknappheit ließ solche Anzeigen nur auf kleinstem Raume zu. Als besondere Zeitererscheinungen fallen die zahlreichen Tauschangebote auf, die fast in keiner Ausgabe fehlten. Seit Anfang 1946 nahmen ausführliche Berichte über wichtige Ratssitzungen, die z. T. Reden der Kreisoffiziere, Oberbürgermeister, einiger Stadtverordneten und des Oberstadtdirektors wörtlich wiedergaben, einen größeren Raum ein. Die Verantwortlichen waren offensichtlich bestrebt, die Bevölkerung ausführlich über die lokalpolitischen Ereignisse zu unterrichten. Die Bürger konnten auf diese Weise die Ansichten der Parteien zu den Problemen zur Kenntnis nehmen und ihre politische Meinung daran bilden. Der Wert dieses äußerlich so unscheinbaren „Blättchens“ für die politische Meinungsbildung in der Notzeit darf m. E. nicht unterschätzt werden.

Hinsichtlich der Not- und Mißstände sprachen die „Amtlichen Bekanntmachungen“ eine deutliche Sprache. So erschienen z. B. Protesterklärungen der Stadtvertretung gegenüber der Militär-Regierung im vollen Wortlaut. Die Militär-Regierung scheint die Vorzensur hierbei recht großzügig gehandhabt zu haben. Für meine Arbeit waren die „Amtlichen Bekanntmachungen“ eine wichtige Quelle, zumal die Lokalteile der seit 1946 erscheinenden „Westfalenpost“ und „Westfälischen Rundschau“ nicht mehr vorhanden sind.

Im Stadtarchiv fand ich eine ziemlich vollständige Sammlung der „Neuen Westfälischen Zeitung“ (NWZ), die bereits im Mai 1945 in Paderborn erschien. Die NWZ war ihrer Tendenz nach eindeutig Sprachrohr der britischen Militär-Regierung. Sie informierte über die wichtigen Weltereignisse und insbesondere in fast jeder Ausgabe über die NS-Verbrechen. Den Verlauf der Kriegsverbrecherprozesse schilderte sie bis in kleinste Einzelheiten. Reden der englischen Politiker und Militärs über die Ziele der britischen Besatzungspolitik vervollständigten den Zweck zur „Umerziehung“, dem die NWZ offensichtlich dienen sollte. Da sie für ein größeres Gebiet erschien, enthielt sie nur wenige lokale Mitteilungen über Lüdenscheid. Diese Mitteilungen tendierten dann auch zu einem einseitig positiven Bild der lokalen Verhältnisse.

Mitteilungen für die Bevölkerung von Stadt und Amt Lüdenscheid

Lüdenscheid, 16. April 1945

Nr. 1

Durch die Unterbrechung fast aller Verbindungen mit den Erzeugungsgebieten und Lieferorten und den Verlust vieler Läger ist die laufende Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln aufs äußerste gefährdet. Mit ausreichenden Zufuhren kann wegen der Kampfhandlungen in nächster Zeit nicht gerechnet werden. Die Haushaltungen müssen deshalb mit ihren Vorräten aufs sparsamste wirtschaften. Die durch Plünderung der gemeinsamen Versorgung entzogenen Lebensmittel sind nach der bereits veröffentlichten Anordnung sofort an das Ernährungsamt abzuliefern. Notstände müssen durch nachbarliche Aushilfe soweit wie möglich überwunden werden, besonders für die Kinder. Die Bevölkerung muß die von der Stadtverwaltung getroffenen Maßnahmen durch Einordnung in die Gemeinschaft und durch Selbstdisziplin unterstützen. Jeder hat dem Ordnungsdienst behilflich zu sein, damit zum gemeinsamen Besten die Ordnung aufrecht erhalten wird und Unruhen und Ausschreitungen verhindert werden.

1. Brennstoffe. Die in den Fabriken und Betrieben und bei den Kohlenhändlern lagernden Brennstoffe (Kohlen, Koks) sind zur notwendigen Versorgung beschlagnahmt und müssen von den Besitzern binnen 24 Stunden dem Wirtschaftsamt unter Angabe von Art und Menge schriftlich gemeldet werden. Der freie Verkauf ist untersagt.

2. Verkehr. Es ist zu vermeiden, daß sich Gruppen von mehr als 5 Personen in der Nähe von Angehörigen der Besatzungstruppen oder ihren Quartieren aufhalten. — Die Einwohner dürfen bis zum Eintritt der Dunkelheit (also bis etwa 21 Uhr) auf den unmittelbar bei ihrer Wohnung liegenden Grundstücken Garten- und Feldarbeit verrichten. — Die Straßen müssen von den Anwohnern sofort von Schutt und Abfall gesäubert werden. Bis zur Müllabfuhr sind die Abfälle abseits zu lagern. — Zur besonderen

Beachtung: Jede Störung der Ruhe in der Stadt und der Sicherheit der Besatzungstruppen ist zu vermeiden. Dafür ist jeder Einwohner verantwortlich.

3. Arbeitsfähige Männer, die sich für notwendige Arbeiten zur Verfügung stellen, melden sich sofort von 9—12 Uhr im Arbeitsamt. — Die Bestellung der Gärten und Felder ist mit allen Kräften fortzusetzen und schnell zu Ende zu führen.

4. Deutsche Wehrmachtangehörige, die sich noch in der Stadt aufhalten, müssen Namen und Wohnung sofort bei der Auskunftsstelle Wilhelmstraße 42 (gegenüber dem Rathaus) angeben.

5. Sprechzeiten der Stadtverwaltung im Hause Wilhelmstraße 42 (Ernährungsamt), der Amtsverwaltung im Amtshaus, täglich von 10—12 und 15—17 Uhr. Es können einstweilen nur lebenswichtige Fragen behandelt werden.

Lüdenscheid, den 16. April 1945.

Die vorläufige Stadt- und Amtsverwaltung von Lüdenscheid.

Es ist bedauerlich, daß die Lokalausgaben der 'Westfalenpost' und der 'Westfälischen Rundschau' nicht mehr vorhanden sind. Auf Grund ihrer unterschiedlichen politischen Tendenz wäre es möglich gewesen, aus ihren Artikeln mehr über den Aufbau und die Arbeit der Parteien sowie deren voneinander abweichenden Auffassungen über lokalpolitische Ereignisse zu erfahren.

6. Das kulturelle Leben

Während auf dem Gebiet des politischen Lebens bei einem großen Teil der Bevölkerung Resignation und Desinteresse zu bemerken waren, zeigten die Lüdenscheider für kulturelle Veranstaltungen schon bald nach dem Zusammenbruch wieder reges Interesse. Die Notzeit ging an dem Lüdenscheider Kulturleben zwar auch nicht spurlos vorüber, aber sie hinderte die Bürger nicht daran, von den zahlreichen kulturellen Angeboten regen Gebrauch zu machen. Ich habe sogar den Eindruck, der mir von verschiedenen Seiten auch bestätigt wurde, daß kulturelle Veranstaltungen später nicht mehr so stark besucht wurden wie gerade in dieser Zeit. Dies hat verschiedene Ursachen. Das Kulturleben wurde 12 Jahre lang nach den Grundsätzen des NS-Regimes bestimmt, die wertvolle Kulturgüter als 'entartete Kunst' verwarfen. Nach einer solchen einseitigen kulturellen Ausrichtung entstand nun ein Nachholbedarf, den die Bevölkerung in Lüdenscheid auf Grund zahlreicher Angebote decken konnte. Eine weitere Ursache ist in der Notzeit selbst zu sehen. Die gemeinsamen Probleme und Sorgen um die primitivsten Bedürfnisse des täglichen Lebens ließen die Menschen näher zusammenrücken und in den kulturellen Veranstaltungen Vergessen und Ablenkung suchen. Ungeheizte oder spärlich beheizte Räume in der Winterzeit waren kein Hindernis für viele Lüdenscheider, ein Konzert oder eine Theateraufführung nicht zu besuchen. Im übrigen fror man zu Hause auch, und es war in diesem Falle angenehmer, bei guter Unterhaltung und in Gemeinschaft zu frieren.

Das Angebot an kulturellen Veranstaltungen war groß, da nach dem Zusammenbruch

zahlreiche Künstler aus allen Berufssparten nach Lüdenscheid kamen oder nach hier verschlagen wurden. Die unzerstörte Stadt bot die Möglichkeit, wieder eine berufliche Existenz aufzubauen.

Aus dem Verwaltungsbericht für das Rj. 1945 geht hervor, daß in Lüdenscheid 232 kulturelle Veranstaltungen stattfanden, zu denen 78 000 Besucher kamen¹¹⁹⁾. Zwei Jahre später klagt das Kulturamt über eine Überflut kultureller Veranstaltungen. Das Steueramt konnte sich diesen Klagen nicht anschließen, denn es kassierte 765 000 RM Vergnügungssteuern. Es fanden allein 315 kulturelle Veranstaltungen unter der Regie des Kulturamtes statt¹²⁰⁾.

Alle Veranstaltungen unterlagen der Genehmigungspflicht durch die Militär-Regierung. Theateraufführungen, Konzerte und Kinoveranstaltungen durften unter folgenden Bedingungen stattfinden: Das Text- oder Drehbuch aller Stücke mußte an die Abteilung Schulwesen der Militär-Regierung in Arnsberg geschickt werden und wurde dort zensiert. Für die Konzerte waren die Programme zwecks Genehmigung vorzulegen. Die Kinos mußten für jeden Film, der neu auf das Programm kam, Probeaufführungen vor einer Militär-Kommission ansetzen¹²¹⁾. Die Werbung unterlag ebenfalls Beschränkungen. Infolge des Papiermangels verbot die Militär-Regierung, für kulturelle Veranstaltungen besondere Plakate zu drucken. Alle Ankündigungen waren in einem gemeinsamen öffentlichen Aushang zusammenzufassen¹²²⁾.

Ein großer Teil des kulturellen Lebens wurde von Privatpersonen und Vereinen, also von den Bürgern selbst geplant und gestaltet¹²³⁾. Zu diesen Veranstaltungen kamen ab 1947 die Veranstaltungen des neu eingerichteten Kulturamtes. Das Kulturamt führte 1947 = 315 und 1948 = 167 Veranstaltungen durch¹²⁴⁾.

Von den Privatunternehmen sind besonders das 'Bergstadt-Theater' und die 'Scala' zu erwähnen. Das 'Bergstadt-Theater' etablierte sich in einem früheren Wirtshaus-Saal und begann seine Tätigkeit am 30. 8. 46 mit

Shakespeares 'Was ihr wollt'. Das Ensemble sah sich vor Schwierigkeiten gestellt, die in dieser Zeit fast unüberwindlich schienen. Es fehlte an Wohnungen für die Schauspieler, an Bühnenmaterial und an Papier für Plakate. Der Kohlenmangel gestattete das Heizen nur bei den Aufführungen, die Proben fanden im ungeheizten Saal statt. Anfang 1948 war der Papiermangel so groß, daß das Publikum Altpapier mitbrachte. Für 2 1/2 kg Altpapier erhielt man eine Freikarte für ein Märchenspiel¹²⁵⁾.

Der rege Besuch ließ nach der Währungsreform schlagartig nach. Das Publikum blieb aus, weil es die neue DM für dringendere Anschaffungen benötigte. Die Beihilfen der Mäzene aus Industrie und Handel flossen jetzt in die Investitionen der Betriebe. Da die Veranstalter ein Jahr vorher den städtischen Vorschlag einer Beteiligung ablehnten, konnten sie von dieser Seite her auch nicht mit Unterstützung rechnen. Zunächst sah man die Krise als eine Überbrückungsschwierigkeit an, deren Ende abzusehen war. Es fanden zunächst keine täglichen Aufführungen mehr statt, sondern nur noch dreimal in der Woche. Die Theaterleitung senkte zudem die Eintrittspreise um 50 Prozent. Der Wochenlohn der Künstler betrug damals nur noch 6 — 7 DM. Sie verrichteten im Theatersaal Heimarbeit, um ihre Existenz einigermaßen zu sichern. Im Herbst 1948 ging die Besucherzahl noch mehr zurück und sank auf 10 bis 20 pro Veranstaltung. Das Bergstadt-Theater schloß im Frühjahr 1949 endgültig seine Tore¹²⁶⁾.

Bereits im September 1945 eröffnete Siegfried Löbel im Saale Streppel in der Kölner Straße die 'Scala'. Hier fanden vorwiegend kabarettistische Veranstaltungen, Operetten und Artistenauftritte statt. Löbel verstand es, einzelne Künstler und auch ganze Ensembles auf oft abenteuerlichen Wegen aufzufinden und zu Gastspielen nach Lüdenscheid zu holen. 'Mit der Lizenz der Militär-Regierung in der Tasche, mit dem Fahrrad oder per Anhalter auf Holzgasgeneratoren ging es über Land auf die Suche nach beliebten, in alle Winde zerstreuten Künstlern.'¹²⁷⁾ Die 'Scala' erlitt ein ähnliches

Schicksal wie das Bergstadt-Theater und stellte nach der Währungsreform die Veranstaltungen ebenfalls ein¹²⁸⁾.

Die Volkshochschule, deren Anfänge in das Jahr 1919 fallen, begann im Juni 1946 mit Genehmigung der Militär-Regierung wieder ihre Tätigkeit. Zu den angesetzten 10 Arbeitsgemeinschaften kamen 153 Teilnehmer. Bereits 6 Monate vor der Neueröffnung trat der 'Volksbildungsbeirat' — später 'Bildungsausschuß' genannt — am 11. 12. 45 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dieser Beirat befaßte sich mit den Aufgaben der Volkshochschule und legte dabei folgende Grundlagen fest: „Die Volkshochschule muß aus der Schau unserer Zeit, die sich in einem unerhörten Umbruch befindet, von ihrer rein fachlichen Einstellung übergehen zur Persönlichkeitsbildung“¹²⁹⁾.

Der Landesverband der Volkshochschulen für NRW erklärte im Januar 1948: „Die Volkshochschule ist ein entscheidendes Mittel, durch das angestrebt werden soll, wieder eine gemeindliche und staatliche Gesellschaft freier und selbstbestimmender Persönlichkeiten aller sozialen Schichten zu bilden und zu erhalten“¹³⁰⁾.

Die Entwicklung der Volkshochschule in Lüdenscheid bis 1948 ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: Januar 1947: 14 Arbeitsgemeinschaften mit 348 Teilnehmern und 5 Lehrgängen in der Berufsschule mit 157 Teilnehmern. Wintersemester 1947/48: 18 Arbeitsgemeinschaften mit 281 Teilnehmern und im Wintersemester 1948/49: 24 Arbeitsgemeinschaften mit 356 Teilnehmern. In den beiden Semestern fanden neben den Arbeitsgemeinschaften noch 33 allgemeine Vorträge und 8 Sonderveranstaltungen statt¹³¹⁾.

Das kulturelle Leben war für viele Lüdenscheider der einzige Lichtblick in einer trostlosen Zeit. H. Pahl sagt mit Recht: „Wohl selten gab es in Lüdenscheid eine solche kulturelle Blütezeit wie in jenen Jahren, als sich neben den zuvor erwähnten privaten Unternehmen auch noch Volkshochschule, Kunstgemeinde, Chor- und Orchestergemeinschaften um das heimische Kulturleben rege bemühten“¹³²⁾.

III. Die täglichen Sorgen und Probleme

1. Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit

In den ersten Tagen der Besatzungszeit war in verschiedenen Stadtteilen von Ruhe und Ordnung trotz der Anordnung der Militär-Regierung nicht viel zu merken. Ausländer — vorwiegend Russen und Polen — die in Lüdenscheid untergebracht oder auf der Durchreise ihrer Transporte von den Amerikanern befreit worden waren, überschwemmten das Stadtgebiet. Bis zum Juli 1945 stieg ihre Zahl bis auf 11 000 an. Besondere Brennpunkte der Unruhe entstanden dort, wo Lebensmittel und Kleidung lagerten¹³³⁾. Diese Lager, die z. T. der früheren Wehrmacht gehörten, waren Anziehungspunkte für Ausländer und Einheimische. Raub und Plünderungen nahmen in den ersten Tagen einen immer größeren Umfang an. Die deutsche Bevölkerung war anfangs nicht unbeteiligt an den Vorgängen. Sie plünderte ebenfalls die verlassenen Wehrmachtslager. Dies geschah in erster Linie aus Sorge um das tägliche Brot und vor einer ungewissen Zukunft. Niemand wußte, wann es wieder die nächste Lebensmittelzuteilung gab. Es war niemand zur Stelle, der die Versorgungsgüter sicherstellen konnte, damit sie der gesamten Bevölkerung zugute kamen. In der Regel begannen die Ausländer zuerst mit der Plünderung, wie es mir aus dem Heeresverpflegungslager Wefelshohl bekannt ist. Die Lüdenscheider Bevölkerung wollte dann auch nicht zurückstehen und beteiligte sich ebenfalls daran.

Das Verhalten der amerikanischen Truppen ließ in der ersten Zeit hier und da ebenfalls zu wünschen übrig. Die „GI's“ zeigten großes Interesse für Schmuck, Uhren, Fotoapparate und nicht zuletzt auch für die

Frauen und Mädchen. Es sollen einige Vergewaltigungen vorgekommen sein. Die beschlagnahmten Wohnungen hinterließen sie z. T. in einem unbeschreiblichen Zustand¹³⁴⁾. Als erste Maßnahme zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung erließ die Militär-Regierung über die vorläufige Stadtverwaltung schon am 14. 4. 45 eine schriftliche Anordnung. In welchem Umfang die Bevölkerung davon Kenntnis nahm, ist mir nicht bekannt. Eine allzu große Wirkung scheint zunächst nicht von ihr ausgegangen zu sein. Von den geplünderten Lebensmitteln lieferte die Bevölkerung nur einen geringen Teil ab, um der angedrohten Haussuchung zu entgehen. Mit den Auswirkungen der Plünderungen beschäftigte sich die Stadtverwaltung noch einige Monate später. Nach ihrer Ansicht beeinträchtigte die Bevölkerung die Bemühungen um Ruhe und Ordnung, weil sie mit den Ausländern rege Tauschgeschäfte durchführte. Die Tauschgüter stammten z. T. aus den Plünderungen. Die Verwaltung warnte vor weiteren Tauschgeschäften, da sie den Anreiz zu Diebstählen und Räubereien steigerten. Die Ausländer machten ohnehin der Polizei und der Bevölkerung genug zu schaffen. Raubüberfälle auf offener Straße kamen immer wieder vor, wobei die Räuber es in erster Linie auf Uhren, Schmuck und Fahrräder abgesehen hatten. Während der angeordneten Sperrzeit (18 Uhr bis 6 Uhr) durfte die deutsche Polizei keine Streifen gehen. Die Ausländer hielten sich nicht an die Sperrzeit und verließen bei Einbruch der Dunkelheit die Lager zu Raubzügen in die Umgegend. Die Amerikaner bewachten die Lager nur lasch. Erst die Engländer führten die Bewachungen schärfer durch¹³⁵⁾.

Noch lange Zeit nachdem die Militär-Regierung und die deutsche Polizei wieder Herr der Lage in der Stadt waren, blieb es in der Umgebung Lüdenscheids unsicher. Die Bauern der umliegenden Dörfer und Einzelhöfe sahen sich ständig Plünderungen ausgesetzt, bei denen es auch Tote gab. Zeitweise war die Milchversorgung der Stadt gefährdet, weil die Bauern sich selbst am Tage nicht mehr auf die Straßen wagten. Die kleine Polizeitruppe, die im Dienst geblieben war, erhielt vorübergehend Verstärkung durch einige freiwillige Hilfskräfte. Es waren ehemalige Angehörige des 'Stahlhelm', die sich aus privater Initiative zusammenfanden und Geschäftshäuser bewachten¹³⁶⁾.

Am 1. 5. 45 gab die Besatzungsbehörde die ersten Weisungen zur Aufstellung einer behelfsmäßigen Schutz- und Kriminalpolizei. Der Stadtkommandant beauftragte W. Kattwinkel mit dem Aufbau der Polizei. Kattwinkel zog nun ehemalige Mitglieder des 'Reichsbanners' zur Mitarbeit in einem Hilfskorps heran¹³⁷⁾.

Polizei und Hilfskräfte versahen ihren Dienst zunächst in Zivil und trugen als Kennzeichen weiße Armbinden mit der Aufschrift 'MG' (Military Government¹³⁸⁾). Die 'Bewaffnung' bestand aus Eichenknüppeln, von denen sie im Bedarfsfalle auch Gebrauch machten. Leider fanden sie nicht immer die nötige Unterstützung bei den Amerikanern. Unter der Besatzung waren Soldaten, die aus osteuropäischen Ländern stammten und ihre ehemaligen Landsleute vor der deutschen Polizei in Schutz nahmen, wenn diese hart durchgreifen wollte¹³⁹⁾. Im Juli 1945 gestatteten die Engländer der deutschen Polizei, wieder eine Uniform zu tragen. Anträge auf eine Bewaffnung der Streifen lehnten sie allerdings bis zum Oktober 1945 ab. Sie standen zunächst auf dem Standpunkt, daß die Polizei in England auch unbewaffnet sei und konnten oder wollten nicht einsehen, daß die geordneten englischen Verhältnisse nicht auf das deutsche Chaos übertragbar waren¹⁴⁰⁾.

Die Lüdenscheider Polizei registrierte von Mai bis Dezember 1945 folgende Straftaten: 4 Morde, 79 Fälle von Straßenraub und Plünderung, 189 Einbruchdiebstähle, 5 Notzuchtverbrechen, 587 Fälle von Diebstahl, Betrug

und Unterschlagung und 170 andere Vergehen. Die im April begangenen Straftaten sind nicht registriert worden, ebenso nicht die Vergehen der Besatzungsangehörigen¹⁴¹⁾. Die deutsche Polizeigewalt blieb in der britischen Zone der Befehlsgewalt der Militär-Regierung unterstellt, bis die gesetzgebende und ausführende Polizeigewalt am 1. 12. 46 an das Land NRW überging¹⁴²⁾.

2. Kriegsfolgen- und Besatzungslasten

Die Stadt blieb von Kriegseinwirkungen weitgehend verschont. Die entstandenen Schäden gingen vorwiegend auf den Artilleriebeschuß der letzten Kriegstage zurück. In dieser Zeit kamen noch 7 Einwohner ums Leben. Das Städt. Krankenhaus, die Christuskirche, das Postamt und eine Anzahl Wohnhäuser erlitten erhebliche Beschädigungen¹⁴³⁾. Der gesamte Sachschaden durch Kriegseinwirkungen betrug 1,5 Millionen Reichsmark, das ist 1 Prozent des Gesamtwertes aller Gebäude. Dazu kommen Verluste und Schäden durch Plünderungen und Beschlagnahmungen. Die Militär-Regierung untersagte, die Kriegsschäden aus den Mitteln der Stadtkasse zu erstatten. Das im Jahre 1944 eingerichtete Kriegsschädenamt nahm zunächst nur die Anträge an und stellte die Beweisführung sicher¹⁴⁴⁾. Die Stadtverwaltung beschloß im Juni 1945, eine Selbsthilfeaktion unter den Bürgern durchzuführen, um die Schäden so weit wie möglich zu beheben (siehe auch III. 6 a).

Im Vergleich mit anderen Städten waren die Kriegsschäden nur gering. Es kamen aber weitere erhebliche Kriegsfolgenlasten auf die Stadt zu. Die Stadtverwaltung mußte mit diesen Problemen, die durch einen starken Zustrom von Flüchtlingen und einer größeren Besatzungsgarnison entstanden, zunächst finanziell selber fertig werden¹⁴⁵⁾.

Die unmittelbaren Besatzungskosten wie Sachleistungen, Entschädigungen, Mieten und Löhne erstatteten Bund und Land später wieder zurück. Für den verlorenen Wohnraum gab es jedoch keine Erstattungen¹⁴⁶⁾. Nach der Währungsreform schnitt die Stadt bei dem Finanzausgleich, der vorwiegend zerbombten Städten zugute kam, ungünstig ab. Bei entsprechender Berücksichtigung der Kriegsfolgenlasten hätte der Ausgleich für Lüdenscheid höher ausfallen müssen¹⁴⁷⁾.

Von April 1945 bis März 1949 beschlagnahmte die Besatzung insgesamt 148 Wohnhäuser, 95 einzelne Wohnungen und 38 Einzelzimmer, wobei Möbel und Hausrat zum großen Teil zurückblieben. Die Wohnungsinhaber mußten in der Regel innerhalb von 20 bis 30 Minuten die Wohnungen räumen. Durch Vermittlung der Stadtverwaltung gelang es in einigen Fällen, die größten Härten abzuschwächen¹⁴⁸⁾.

Im Herbst 1946 legte das belgische Besatzungskorps sein Hauptquartier nach Lüdenscheid. Da hierfür nicht genügend Platz vorhanden war, mußten 1200 Personen umgesiedelt werden¹⁴⁹⁾. Die Besatzung benötigte insgesamt 20 Prozent des vorhandenen Wohnraumes für ihre Zwecke. Alle Bemühungen der Stadtverwaltung, die Wohndichte aufzulockern, waren dadurch zunichte gemacht¹⁵⁰⁾. Die Belgier gingen bei den Beschlagnahmungen rigoros vor. Die Bevölkerung zeigte durch die Besichtigungen ihrer Wohnungen, die belgische Offiziere durchführten, starke Beunruhigung¹⁵¹⁾. Stadtvertretung und Stadtverwaltung führten harte Verhandlungen mit den belgischen Stäben. Dabei fanden sie bei dem Kreisoffizier Major Miryless in dankenswerter Weise Unterstützung¹⁵²⁾.

Die Stadtvertretung erkannte ihre Verantwortung für die Bevölkerung und nahm deren Interessen gegenüber der Besatzung mutig wahr. Sie stellte die Besatzungslasten in Entschließungen und Protesten in der Öffentlichkeit dar. In einer Entschließung der vorläufigen ernannten Stadtvertretung vom 9. 10. 46 heißt es: „Mit tiefer Besorgnis nimmt die Lüdenscheider Bevölkerung Kenntnis

von den sich häufenden Übergriffen der belgischen Besatzungstruppen gegenüber der Zivilbevölkerung. Sie richtet die dringende Bitte an die Militär-Regierung, von sich aus darauf einzuwirken, daß das Verhältnis zwischen Besatzungstruppen und Bevölkerung ein für alle Teile tragbares wird...¹⁵³⁾. Im Schlußwort der Entschließung wendet sich die Stadtvertretung gegen die Beschlagnahme von Wohnungen:

„... Nach ernster und eingehender Prüfung der von der Stadtvertretung gewählten Ausschüsse, besteht keine Möglichkeit mehr, die deutschen Familien unterzubringen, deren Wohnungen beschlagnahmt wurden. Die Verwaltung ist angewiesen, Besatzungsbefehle nicht mehr zu unterzeichnen, bevor nicht sichergestellt ist, daß den betroffenen Familien gemäß der Anordnung der Militär-Regierung eine andere zumutbare Wohnung angewiesen werden kann“¹⁵⁴⁾.

Diese Entschließung war zwar nur ein ‚Papierprotest‘, aber sie war doch der Ausdruck einer Stadtvertretung, die trotz der Abhängigkeit von der Besatzung selbstbewußt aufzutreten verstand. In unserer Zeit gehören Proteste und Demonstrationen zu den selbstverständlichen Willensäußerungen unseres Gesellschaftssystems. Im Herbst 1946 lag die Zeit der Herrschaft, die nur den Gehorsam zu Führer und Staat kannte, noch nicht ganz 1 1/2 Jahre zurück. Die verantwortlichen Bürger mußten erst wieder einmal zu einem politischen Stil finden, der einer demokratischen Ordnung entsprach. Es ist beachtlich, daß die Lüdenscheider Stadtvertretung schon zu diesem Zeitpunkt ihre Meinung in dieser Weise kundgab und sich dabei nicht scheute, die übergeordnete Militär-Regierung zu kritisieren und die Verwaltung aufzufordern, Besatzungsbefehle gegebenenfalls zu boykottieren.

Der Erfolg solcher Entschließungen und weiterer zähen Verhandlungen führte schließlich dahin, daß Ende März 1949 von dem beschlagnahmten Wohnraum wieder 78 Wohnhäuser, 7 Wohnungen und 9 Zimmer für die Bevölkerung zur Verfügung standen. Immerhin waren noch 391 Wohnungseinheiten (ohne Kasernen) mit insgesamt 20 600 qm Wohnfläche beschlagnahmt¹⁵⁵⁾.

3. Probleme der Versorgung

a. Die besonderen Ursachen für die schwierige Versorgung Lüdenscheids

Schon in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch war die Versorgung der Bevölkerung durch die Kriegseinwirkungen erschwert und teilweise bereits unterbrochen¹⁵⁶⁾. Die Kampfhandlungen und Fliegerangriffe beeinträchtigten im Frühjahr 1945 den landwirtschaftlichen Anbau. Die Einfuhr aus dem Ausland fiel fort, da die in Frage kommenden Gebiete nicht mehr in deutscher Hand waren¹⁵⁷⁾. Nach der Verbraucherstatistik des EWA waren im April 1945 = 41 051 Normalverbraucher und 6344 Ausländer in Lagern zu versorgen. Durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen und Internierten und den Zustrom von Flüchtlingen stieg die Zahl der Normalverbraucher auf 47 580 im April 1946 und im Oktober 1946 zeitweise bis auf 52 000¹⁵⁸⁾.

Die Stadt war fast völlig auf Lebensmittelzufuhren von außen angewiesen. Aus der unmittelbaren Umgebung konnten außer Milch und Schlachtvieh keine Nahrungsmittel herangeschafft werden. Die Erträge der Landwirtschaft waren infolge des kargen Bodens nur gering. Die Verkehrslage der Stadt erwies sich für die umfangreichen Lebensmitteltransporte als äußerst ungünstig. Lüdenscheid liegt abseits der Eisenbahn-Hauptstrecken und ist von Brügge aus nur über eine eingleisige 7 km lange Stichbahn zu erreichen. Der größte Teil der Lebensmittel mußte daher mit Lkw-Transporten in die Stadt gebracht werden. Im Winter erschwerten Schnee und Eis die Transporte. Brennstoff- und Reifenmangel stellten die regelmäßige Versorgung in jeder Woche erneut in Frage¹⁵⁹⁾.

Folgende Mengen an Lebensmitteln wurden jede Woche nach Lüdenscheid transportiert und durch das EWA verteilt¹⁶⁰⁾:

- 110 000 kg Brotmehl — 140 000 kg Brot
- 110 000 kg Kartoffeln
- 33 000 kg Vollmilch
- 40 000 kg entrahmte Frischmilch
- 29 000 kg Gemüse
- 20 000 kg Nahrungsmittel
- 7 700 kg Fleisch

- 6 100 kg Marmelade
- 7 500 kg Fisch
- 3 500 kg Zucker
- 1 000 kg Käse
- 372 500 Tonnen zusammen.

Davon entfielen auf Lkw-Transporte = 317 t und auf die Bahn = 55,5 t.

Außer den registrierten Einwohnern hatte das EWA noch die in Sammellagern untergebrachten Ausländer zu versorgen. Ihre Zahl betrug für das Stadtgebiet Lüdenscheid im Mai 1945 = 6500, im Juli 1945 = 11 000, im Dezember 1945 = 3600 und im April 1946 = 1900. Für die Ausländer mußten frische Nahrungsmittel aus dem Inland beschafft werden. Die anderen Nahrungsmittel lieferte die Militär-Regierung aus eigenen Vorräten¹⁶¹⁾.

Bis zum 31. 12. 1946 lag die Entscheidung über die Zuteilung der Rationen in den Händen der Militär-Regierung. Als das Landesernährungsamt die Verantwortung für die Versorgung übernahm, waren die inländischen Erzeugnisse praktisch aufgebraucht¹⁶²⁾.

Im Sommer 1947 ließ eine monatelange Dürre die Ernte weit unter den Ertrag des Vorjahres sinken. Die Ernte verdarb zum großen Teil, und das Vieh mußte aus Mangel an Futter notgeschlachtet werden. Die drei westlichen Besatzungszonen schlossen sich gegenseitig ab und verhinderten so einen Ernährungsausgleich¹⁶³⁾.

b. Nahrungs- und Bekleidungsorgen

Die geschilderten Schwierigkeiten führten in Lüdenscheid zeitweise zu einer katastrophalen Versorgungslage. Der tägliche Ernährungsbedarf eines erwachsenen Normalverbrauchers war zwar mit 2600 Kalorien und der eines Schwerarbeiters mit 3600 Kalorien täglich bemessen, aber diese Sätze sind bis zum Sommer 1948 kaum bis zur Hälfte erreicht worden. Die Versorgung mit den notwendigsten Gütern aller Art war völlig unregelmäßig und gänzlich unzureichend¹⁶⁴⁾. Die tägliche Kalorienmenge erreichte im März 1946 ihren stärksten Tiefpunkt und betrug in diesem Monat nur 975¹⁶⁵⁾. Im Au-

Lebensmittelmarken aus dem Jahre 1946



gust 1946 betrug die tägliche Nahrungsmenge eines Normalverbrauchers¹⁶⁶⁾:

250 g Brot, 35 g Nahrungsmittel, 16 g Fleisch, 7 g Fett, 2,5 g Käse, 4 g Quark, 9 g Zucker, 18 g Marmelade, 3 g Kaffee, 285 g Kartoffeln, 22,5 g Fisch, 30 g Gemüse, $\frac{1}{7}$ l Magermilch.

Der Ernährungsverfall war z. T. auf die unzulängliche Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurückzuführen. Die steigende Zunahme der Flüchtlinge und die zeitweise große Anzahl der Ausländer vergrößerte die allgemeine Notlage noch mehr¹⁶⁷⁾.

Die umfangreichen Akten des EWA Lüdenscheid stellen eine ‚Chronik des Hungers‘ dar. Die Berichte an die Regierung in Arnberg und die Militär-Regierung in Altena geben einen umfassenden Eindruck von den Versorgungsschwierigkeiten der Notjahre. Über eine längere Zeit erhielt die Regierung in Arnberg täglich einen Situationsbericht über den Stand der Versorgung. Es hieß hierin fast in jeder Woche, daß die Versorgung für den nächsten Tag oder die nächsten 2–3 Tage noch völlig ungesichert sei. An die Militär-Regierung ergingen wöchentlich detaillierte Berichte mit genauen Angaben über den Bestand und den Bedarf an Versorgungsgütern. Am 17. 8. 48 wurde der letzte Bericht erstellt. Die Lage der Versorgung war inzwischen wieder so stabil geworden, daß eine Berichterstattung nicht mehr nötig war.

In der Sitzung vom 9. 10. 46 der vorläufigen ernannten Stadtvertretung nahm Oberbürgermeister Bürger zu den Versorgungsproblemen wie folgt Stellung: „... Es hat Wochen gegeben, in denen die Brotversorgung auf das Äußerste gefährdet war, und die Gefahr lag nahe, daß die Bevölkerung ohne Brot war. Auch im Augenblick kann durch das Ausbleiben von Getreide die Brotversorgung als noch nicht gesichert gelten. Die Gemüseversorgung wird weiterhin zu wünschen übrig lassen... Schuhe und Textilien sind die größten Sorgenkinder. Die zugeteilten Mengen reichen nicht aus bei 8000 Anträgen monatlich. Die Produktionskapazität der Schuhfabriken ist so gering, daß alle 2 oder 4 Jahre pro Kopf 1 Paar Schuhe zur Verteilung kommen“¹⁶⁸⁾.

Die Industriegewerkschaft Metall unterstützte im Jahre 1947 einen Antrag der Stadtverwaltung auf Einbeziehung Lüdenscheids in das Notstandsgebiet für Ernährung (siehe auch IV 6b). Sie schrieb dazu u. a.: „... Wie groß die Not der Arbeiterschaft in Lüdenscheid ist, ergibt sich daraus, daß der überwiegende Teil der Lüdenscheider Arbeiterschaft ohne Frühstück und Vesper zur Arbeit geht. Ein Stück trockenes Brot zum Frühstück oder zur Vesper ist die Regel geworden. Wassersuppen mit einigen Steckoder Mohrrüben, ohne Fett, Fleisch oder Kartoffeln, bilden fast ausnahmslos die tägliche Mahlzeit...“¹⁶⁹⁾.

In dem Verwaltungsbericht für das Rj. 1947 heißt es, daß die tägliche Kalorienmenge von 1559 am Jahresanfang auf 1141 im Sommer sank und im Jahresdurchschnitt 1260 betrug. Die Krankenzulagen stiegen von 6419 auf 12 396 und davon allein wegen Unterernährung von 4325 auf 9043. Da die Brot- und Fleischrationen aus den laufenden Zuteilungen und Lieferungen nicht gedeckt werden konnten, mußte die Stadtverwaltung in größerem Umfang zusätzlich Brot von auswärtigen Bäckereien und Fleisch aus Bayern beschaffen und an die Wiederverkäufer verteilen. Ohne diese Selbsthilfe, zu der die Industrie mit ihren Produkten erheblich beitrug, wäre es zu einer Hungerkatastrophe gekommen¹⁷⁰⁾.

Am 23. 1. 48 erließ die deutsche Wirtschaftsstelle für die amerikanische und britische Zone das sogenannte ‚Speisekammergesetz‘ (Nothilfegesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen). Alle Haushaltungen mußten unter Androhung hoher Strafen auf Frage-

bogen ihre Kartoffel- und Mehlvorräte melden. Durch diese Maßnahme sollten Vorräte, die über die zugeteilten Rationen hinausgingen, erfaßt und beschlagnahmt werden. In Lüdenscheid meldeten von 18 000 Haushaltungen ganze drei gewissenhaft ihre Vorräte aus dem Ertrag der Kleingärten. Die Stadtverwaltung sah davon ab, die vom Gesetz geforderte Nachuntersuchung durchzuführen¹⁷¹⁾.

Nach der Währungsreform blieben Nahrungsmittel und Bekleidung zwar noch einige Zeit rationiert, aber es war doch eine deutliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen¹⁷²⁾.

c. Brennstoff- und Energieversorgung

Zu einer weiteren schwierigen Aufgabe des EWA gehörte, die Haushaltungen und Gewerbebetriebe in ausreichendem Maße mit Brennstoffen zu versorgen. Der Mindestbedarf für alle Bedarfsträger betrug im Rj. 1946 = 58 476 ts. Zugeteilt waren 14 173 ts, wovon aber nur 12 974 ts = 22% des Gesamtbedarfs geliefert werden konnten¹⁷³⁾. 1947 besserte sich die Lage ein wenig. Es konnten 17 000 ts Steinkohle und 8000 ts Schlammkohle für Haushaltungen und Gewerbebetriebe herangeschafft werden. Der Gesamtbedarf dieses Jahres war zu 30% gedeckt¹⁷⁴⁾.

Von den zugeteilten Mengen gelangte nicht alles nach Lüdenscheid. Ein Teil der Kohlen ging durch Beraubung auf dem Transportwege und wegen fehlender Transportmöglichkeiten verloren. Aus einem Bericht der Kohlenstelle vom 5. 9. 47 geht hervor, daß die Beraubungen in dieser Zeit einen erschreckenden Umfang annahmen. Für die Zeit vom 1. 8. — 1. 9. 47 ergab sich eine Fehlmenge von 116,4 ts = 16,8% der gelieferten Menge. Die Kohlen gingen auf dem Wege von der Zeche Karl bei Frechen bis Lüdenscheid verloren. Die Zeche lehnte eine Nachlieferung ab, weil der Versand zu Lasten des Empfängers erfolgte. Die Fehlmengen mußten auf den Bedarf der einzelnen Empfänger umgelegt werden. Es wurden Bandenberaubungen auf den Durchgangsbahnhöfen und freien Strecken und auch Diebstähle auf dem Empfangsbahnhof beobachtet. In Lüdenscheid erschienen jeden Morgen Männer, Frauen und Kinder an der Verladestelle und stahlen Kohlen aus den Wagen. Die Auslader verhinderten die Diebstähle nicht, sondern ließen sogar große Mengen auf die Erde fallen. Die Polizei konnte infolge Personalmangels keine Posten stellen¹⁷⁵⁾. Als weitere Beispiele seien genannt, daß wegen fehlender Transportmöglichkeiten im November 1947 = 341 ts und im Januar 1948 = 372 ts verfielen, weil nicht genug Transportraum zur Verfügung stand. Nachlieferungen zu einem späteren Zeitpunkt gab es nicht¹⁷⁶⁾.

Die größeren Industriebetriebe erhielten ihre Brennstoffzuteilungen durch die Kohlenhandels-gesellschaft Mark in Hagen. Die Lieferungen waren so unzureichend, daß sie die Arbeit zeitweise einschränkten und auch z. T. einstellten¹⁷⁷⁾. Der empfindliche Mangel an Brennstoffen hielt lange Zeit über die Währungsreform hin an.

4. Wohnungsnot und Flüchtlingselend

Die Probleme der Wohnungsnot und des Flüchtlingselends waren in Lüdenscheid nicht voneinander zu trennen und sollen in diesem Abschnitt miteinander beschrieben werden. Das unzerstörte Lüdenscheid wurde schon bald nach dem Zusammenbruch ein Anziehungspunkt für Evakuierte und Flüchtlinge, die hier eine neue Existenzmöglichkeit zu finden hofften. Sie kamen zunächst aus eigener Initiative und später durch Einweisungen von Behörden¹⁷⁸⁾.

Lüdenscheid litt schon vor dem 2. Weltkrieg unter Wohnungsmangel. Die Bevölkerung war stark angewachsen. Der 1. Weltkrieg und die darauf folgenden Notjahre gestatteten keine allzu große Bautätigkeit. In der kurzen Zeit des folgenden wirtschaftlichen Aufstieges war der Nachholbedarf

nicht zu decken, und im 2. Weltkrieg war wiederum kein großzügiges Bauprogramm möglich.

Anfang 1945 zählte das Wohnungsamt¹⁷⁹⁾:

	Räume
4 420 = 34% Kleinstwohnungen	1—2
5 663 = 44% Kleinwohnungen	3
2 106 = 16% mittelgr. Wohnungen	4
819 = 6% große Wohnungen	5

und mehr
13 008 = 100% bei 47 976 Einwohnern.

In den Notjahren nach 1945 übernahm das Wohnungsamt die Rolle eines Konkursverwalters, der die Gläubiger mangels Konkursmasse nicht befriedigen kann. Im Rj. 1947 konnten z. B. bei 4518 Anträgen nur 231 Wohnungen vergeben werden¹⁸⁰⁾. Die Bevölkerung stieg in der Zeit vom 1. 4. 46 — 30. 9. 46 durch Einweisung von Flüchtlingen von 47 466 auf 53 263 um 5797 Einwohner an. Das Flüchtlingsamt nahm im Rj. 1946 insgesamt 7939 Personen auf, denen das Wohnungsamt 2000 Zimmer zur Verfügung stellte¹⁸¹⁾.

Die Stadtvertretung stellte in einem Schreiben vom 18. 8. 47 an das Wirtschaftsministerium in NRW fest, daß in den 21 Stadtkreisen in Westfalen-Lippe 1882 Einwohner auf 1 qkm kämen, während in Lüdenscheid jedoch 3994 Menschen auf 1 qkm lebten. Das entsprach einer Wohndichte von 212% der durchschnittlichen Wohndichte in Westfalen-Lippe. Der Landesbeauftragte der britischen Militär-Regierung überprüfte daraufhin die Lüdenscheider Wohnverhältnisse. Als die Prüfungsergebnisse bei der Regierung in Düsseldorf vorlagen, ordnete der Landesminister für Wiederaufbau am 19. 9. 47 an, daß Lüdenscheid als ‚Brennpunkt des Wohnbedarfs‘ gelte. Jeder Zuzug nach Lüdenscheid war bis auf weiteres verboten¹⁸²⁾.

Über die Tätigkeit des Flüchtlingsamtes verfaßte der Amtsleiter, Heinrich Franke, einen ausführlichen Bericht, dem ich die wichtigsten Angaben für die Jahre 1945 — 1948 entnehmen konnte¹⁸³⁾. Die ersten praktischen Hilfeleistungen unternahm Mitglieder der ‚Jugendbewegung‘, als im Sommer 1945 insgesamt 1200 Personen aus Städten des Ruhrgebietes aufgenommen werden mußten. Es war der Anfang eines fast unübersehbaren Zustroms an Evakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen. Die ‚Jugendbewegung‘ richtete für die ersten Transporte Räume in Fabriken und Gasthäusern ein¹⁸⁴⁾. Bevor die Arbeit abgeschlossen war, ging das Gerücht um, daß Lüdenscheid Flüchtlinge aus Schlesien aufzunehmen habe. Die Militär-Regierung bestätigte dieses Gerücht durch die Mitteilung, daß die Stadt 6000 Personen aufzunehmen habe, die von den Polen aus Schlesien ausgewiesen wurden. Da es einen großen Umfang an Zeit und Kraft beanspruchte, diese neuen Aufgaben zu bewältigen, richtete die Stadtverwaltung am 1. 9. 45 ein Flüchtlingsamt ein. Die Leitung des Amtes erhielt H. Franke, der schon bei den ersten Hilfsmaßnahmen mitarbeitete und Erfahrungen sammelte. Die Amtsgründung in Lüdenscheid geschah 4 Monate vor der Anweisung Nr. 10 des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, wonach sofort Kreisflüchtlingsämter einzurichten waren¹⁸⁵⁾.

Die Mitarbeiter des Flüchtlingsamtes nahmen ihre Aufgaben sofort mit großem Eifer wahr. Ihre Zahl schwankte von 1945 — 1948 zwischen 4—6 Bediensteten¹⁸⁶⁾. Oberstadtdirektor Born sagte über die Tätigkeit des Flüchtlingsamtes am 9. 10. 46: „Maßgebliche englische Dienststellen haben dem Flüchtlingsamt das Zeugnis ausgesprochen, daß Lüdenscheid in der Betreuung der Flüchtlinge und Evakuierten mit an erster Stelle steht“¹⁸⁷⁾.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen ordnete in der schon erwähnten Anweisung Nr. 10 gleichzeitig an, Flüchtlingsausschüsse zu bilden. Die Vertriebenen und Flüchtlinge entsandten ihre Vertreter als beratende Mitglieder in diese Ausschüsse. Als später die

„Vertriebenen-Beiräte“ gebildet wurden, ergab sich eine klare Trennung zwischen dem parlamentarischen Flüchtlingsausschuß und der Vertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen¹⁸⁸). Der erste Flüchtlingsausschuß im Januar 1946 setzte sich aus je einem Vertreter der CDU, SPD und KPD sowie aus 6 Vertretern der Geschädigtengruppen zusammen. Die KPD entsandte seit August 1946 keinen Vertreter mehr in die Ausschüsse¹⁸⁹).

Von den 25 Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirkes Arnsberg verblieben nur 8 Kreise für eine einheitlich gelenkte Aufnahme von Flüchtlingen. Die anderen 17 Kreise schieden hierfür wegen Kriegsschäden und vordringlicher Aufbauarbeiten aus. In den 8 Aufnahmekreisen wohnten 1 044 665 Einwohner, wovon 136 805 Flüchtlinge und 114 177 Evakuierte waren = 24 Prozent der Gesamtbevölkerung¹⁹⁰).

Die für Lüdenscheid bestimmten Transporte kamen aus einem Durchgangslager in Siegen und fuhren in Güterwagen bis Altena. Hier standen Lastwagen aus Lüdenscheid zum Weitertransport bereit. Die Transporte erfolgten stets zur Nachtzeit, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Bis Januar 1947 kamen nach Lüdenscheid:

Aus dem Rhein- und Ruhrgebiet
1510 Personen
Vertriebene in geschl. Transporten
6781 Personen
sonstige Flüchtlinge
3619 Personen
zusammen 11910 Personen¹⁹¹).

Verschiedene Eingaben der Stadtverwaltung veranlaßten den britischen Hohen Kommissar Kirkpatrick und den Regional Kommissar Asbury im September 1946 nach Lüdenscheid zu kommen und sich an Ort und Stelle von den Wohnverhältnissen und dem Flüchtlingseind zu überzeugen. Sie fuhren kreuz und quer durch die Stadt und suchten willkürlich Wohnungen zur Inspektion heraus. Die katastrophalen Wohnverhältnisse hinterließen einen solch starken Eindruck auf die Briten, daß sie sofort eine Massenumsiedlung anordneten. Die Militär-Regierung beauftragte das Flüchtlingsamt, ca. 2500 Vertriebene in den Regierungsbezirk Minden umzusiedeln¹⁹²). Diese Maßnahme, Aktion Transplant genannt, erforderte sorgfältig geplante und umfangreiche Vorbereitungen. Die zuständigen Bediensteten mußten sich um Transportmöglichkeiten, Verpflegung, ärztliche Untersuchungen und rechtzeitige Benachrichtigung der Betroffenen und der Aufnahmeorte kümmern. Der Oberstadtdirektor, der Leiter des Flüchtlingsamtes und zwei britische Offiziere fuhren den Transporten voraus und vergewisserten sich, ob an den Bestimmungsorten alle Vorbereitungen für eine geordnete Aufnahme getroffen waren. In einigen ländlichen Gemeinden war trotz rechtzeitiger Benachrichtigung nichts für die Aufnahme vorbereitet. Hier sorgten die britischen Offiziere persönlich dafür, daß man das Versäumte schnell und noch rechtzeitig genug nachholte¹⁹³).

In der Zeit vom 22. 11. 46 bis 17. 12. 46 siedelten insgesamt 768 Familien mit 2361 Personen um. Außer ihnen und ihrem bescheidenen Mobiliar beförderten die Transporte noch 3800 Ztr. Kartoffeln und 5000 Ztr. Brennmaterial. Für den Transport zum Bahnhof stellte die Stadtverwaltung 160 Lkw und 64 Arbeiter mit 6400 Arbeitsstunden zur Verfügung. Die Lkw verbrauchten 3000 l Benzin. Als Transportbegleiter fuhren 25 Helfer und Helferinnen des DRK mit. Die Kosten der gesamten Aktion Transplant betragen 97 000 RM¹⁹⁴).

Weitere Zuzüge von Flüchtlingen und eine Verstärkung der belgischen Garnison führten dann aber doch nicht zu der vorgesehenen Auflockerung der Wohndichte. Auf einer Konferenz am 15. 7. 47 in Detmold planten die Teilnehmer — u. a. der Wiederaufbauminister von NRW, die Regierungs-

präsidenten von Arnsberg und Minden und Oberstadtdirektor Born — weitere Umsiedlungen. Diese fanden jedoch nicht mehr statt, zumal auch die Vertriebenenverbände dagegen protestierten¹⁹⁵). Unabhängig von der Aktion Transplant siedelte die Stadtverwaltung weitere 1200 Personen um, die der belgischen Garnison Platz machen mußten¹⁹⁶).

Die Stadtvertretung stellte in der Sitzung vom 17. 11. 47 fest, daß noch 400 bis 500 mehrräumige Wohnungen in Lüdenscheid fehlten und die Zahl der Flüchtlinge und Evakuierten im Herbst 1946 = 12 900 betrug.

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in das Wirtschafts- und Berufsleben und die zwingende Notwendigkeit, angemessene Wohnungen für sie zu beschaffen, stellte die Verwaltung vor große Aufgaben. Da es vor der Währungsreform nicht möglich war, größere Objekte anzugehen, mußte sie die Pläne hierfür bis 1948 zurückstellen. Die dann erfolgenden Bau-Wohnungs- und Siedlungsprojekte und die notwendige Erweiterung öffentlicher Einrichtungen waren zum großen Teil durch den Flüchtlingszustrom bedingt. Dies stellte die Stadtverwaltung praktisch vor die gleichen Aufgaben, wie sie Städte, die einen Teil ihrer Einrichtungen und dieser Objekte im Krieg verloren, zu überwinden hatten.

5. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung

Die unzureichende Versorgung konnte nicht ohne Folgen für den Gesundheitszustand der Bevölkerung bleiben. Im Sommer 1945 berief die Stadtverwaltung einen aus mehreren Ärzten bestehenden Gesundheitsfürsorgeausschuß, der sich zu dem Gesundheitszustand der Bevölkerung äußern sollte. Die Kinderärztin Dr. Gleiß-Röpke erklärte, daß eine erhöhte Sterblichkeit bei den Kleinkindern festzustellen sei. Die Gründe hierfür wären in der schlechten Ernährungslage zu suchen. Der Vertreter der AOK teilte mit, daß inzwischen 77 Fälle von Hungeroedem und 68 Fälle von Magen- und Darmerkrankungen wegen Ernährungsstörungen bekannt seien. Chefarzt Dr. Hueck vom Städt. Krankenhaus wies darauf hin, daß durch die schlechte Ernährung Wunden schlechter heilten und sich die Knochenbildung bei Brüchen verzögere. Der Mangel an Medikamenten sei groß, Insulin sei z. B. zeitweise überhaupt nicht vorhanden und könne nur noch bei akuten Fällen gespritzt werden. Über die weitere Tätigkeit des Ausschusses liegen keine Unterlagen mehr vor¹⁹⁷).

Nach den Unterlagen der AOK lag die Zahl der Arbeitsunfähigen in den Notjahren unter dem in Westfalen ermittelten Durchschnitt. Dieses Ergebnis darf aber über die tatsächliche Lage nicht hinwegtäuschen. Die Arbeiter meldeten sich z. T. nicht krank, um die Schwerarbeiterzulagen nicht zu verlieren. In vielen Krankheitsfällen verzichteten sie auf ihr Krankengeld, um ohne Schwierigkeiten „Hamsterfahrten“ unternehmen zu können. Bei Versicherten, die nicht in der Lage waren, begehrte Gegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen, war durch die schlechte Ernährung ein Ansteigen der Furunkulosebildung zu bemerken¹⁹⁸). Die Tbc-Fälle stiegen in den Notjahren wie folgt an: 1945 = 380, 1946 = 588, 1947 = 874, 1948 = 968¹⁹⁹). Die Krankenhausaufenthalte nahmen an Dauer und Zahl ständig zu. Die Kranken versuchten, den Aufenthalt so weit wie möglich auszudehnen, weil sie im Krankenhaus besser gepflegt waren als zu Hause²⁰⁰).

Flüchtlinge und Vertriebene kamen oft in einem so erschöpften Zustand an, daß Todesfälle kurz nach der Ankunft nicht selten waren. Es traten in erhöhtem Maße Typhus, Paratyphus, Diphtherie, Scharlach, Tbc und Hautkrankheiten auf²⁰¹).

Zu dem Gesundheitszustand äußerte sich die IG Metall am 19. 5. 47 in einer Entschliebung zu dem schon erwähnten Antrag auf Einbeziehung Lüdenscheids in das Notstandsgebiet für Ernährung: „... Folge dieser un-

zureichenden Ernährung ist ein stetiges Anwachsen der Krankheitsziffern und erschreckende Zunahme der Unterernährung. Die Zahl der Krankenzulageempfänger betrug im Jahre 1946 = 3544, im April 1947 = 6490. Die Zahl der Unterernährten ist im gleichen Zeitraum von 864 auf 4325 angewachsen. Folge der schlechten Ernährung ist größere Anfälligkeit gegen Infektionskrankheiten, Schwäche- und Ohnmachtsanfälle an der Arbeitsstelle sind keine Seltenheit mehr. Immer mehr nähert sich die Arbeiterschaft einem Erschöpfungszustand...“²⁰²).

Die in der Entschliebung genannten Zahlen sind noch wie folgt zu ergänzen²⁰³):

Krankenzulagen	davon Unterernährte
August 1947: 9 304	6 798
Oktober 1947: 11 872	8 769
Dezember 1947: 12 396	9 040

6. Maßnahmen zur Linderung der Not

a. Die Selbsthilfeaktion und Spenden der Bürger

Die in Lüdenscheid entstandenen Kriegsschäden waren nicht so erheblich, daß man nicht auf längere Sicht hin hätte daran denken können, sie zu beheben. Es war nur die Frage, wie man die Mittel dafür aufbringen sollte. Mit einer Hilfe aus Mitteln des Reiches oder der Provinz war nicht zu rechnen. Aus dem städtischen Haushalt durften die Gelder für die Beseitigung der Kriegsschäden ebenfalls nicht verwendet werden. Als einziger Weg bot sich eine Selbsthilfeaktion der Bürger an.

Am 27. 6. 45 schlug Oberbürgermeister Weiland vor, daß alle nichtgeschädigten Grundstückseigentümer und Mieter für den Wiederaufbau von privaten Wohngebäuden und die Wiederbeschaffung von Hausrat eine Abgabe in Höhe von 1,5 Prozent des Einheitswertes leisten sollten. Die Abgabe sollte sich zu 3/5 auf die Eigentümer und zu 2/5 auf die Mieter verteilen. Der Regierungspräsident und der Kreiskommandant beanstandeten zunächst diese steuerähnliche Umlage, duldeten sie aber später im Hinblick auf den besonderen Zweck. Als die Stadtverwaltung den Vorschlag bekanntgab und in die Tat umsetzte, erhoben nur wenige Bürger den zulässigen Einspruch und beteiligten sich nicht an der Aktion. Die Selbsthilfeaktion ergab einen Betrag von 688 369 RM. Hiermit konnten die Sachschäden bis 1947 wesentlich behoben werden²⁰⁴). Dieses erfreuliche Ergebnis fand auch über Lüdenscheid hinaus Anerkennung. Die „Neue Westfälische Zeitung“ berichtete zweimal, am 27. 8. 45 und 8. 2. 46, über die Selbsthilfe der Lüdenscheider Bürger. Oberbürgermeister Weiland, der Initiator der Selbsthilfe, sagte dazu: „Mit dem Gelingen dieser auf freiwilliger Grundlage und im allgemeinen mit anerkennenswertem Verständnis durchgeführten Selbsthilfeaktion hat der Gedanke der Solidarität und des bürgerlichen Gemeinsinns seine schönste Erfüllung gefunden“²⁰⁵).

Die Selbsthilfeaktion sollte nicht die einzige Gelegenheit bleiben, bei der die Lüdenscheider Bürger ihre Hilfsbereitschaft trotz eigener Not zeigten. Im März 1946 spendeten sie im Zuge der im Regierungsbezirk Arnsberg durchgeführten „Sammlung für den Wiederaufbau“ 248 623 RM²⁰⁶). Die Militär-Regierung ordnete für das ganze Gebiet der britischen Besatzungszone insgesamt 6 große Sammlungen von Kleidungsstücken, Haushaltsgeräten, Decken, Betten usw. an, die zur Ausstattung von Flüchtlingslagern und für andere Notleidende verwandt werden sollten. Die Ergebnisse dieser Sammlungen gingen in Lüdenscheid weit über den Landesdurchschnitt hinaus und fanden bei den Sammelstellen stets besondere Anerkennung²⁰⁷).

Auf örtlicher Ebene führten die Wohlfahrtsverbände und das Flüchtlingsamt Geld- und Sachsammlungen für den Lüdenscheider

Bedarf durch. Auch diese Sammlungen erzielten stets gute Ergebnisse²⁰⁸). Die Lüdenscheider Bürger brachten bis zur Währungsreform insgesamt rd. 2.000.000 RM an Geld- und Sachspenden auf²⁰⁹).

Solche guten Ergebnisse waren nur möglich, weil Lüdenscheid vom Kriege verschont blieb, und wahrscheinlich konnten die Bürger sich leichter von der Reichsmark trennen, weil sie doch keine große Kaufkraft besaß. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Bekleidung und Haushaltsgeräte nicht im Überfluß vorhanden waren, sondern durch jahrelange Bewirtschaftung auch hier zur Mangelware zählten. Für gespendete Gegenstände war ein Ersatz nicht so ohne weiteres zu beschaffen, und mit der Reichsmark konnte man immerhin ab und zu auf dem 'Schwarzen Markt' die spärlichen Rationen aufbessern.

b. Bemühungen der Stadtverwaltung und der Stadtvertretung

Die Maßnahmen zur Abwehr und Linderung der Not gehörten in den Jahren 1945—1948 zu den vorrangigsten Aufgaben der Stadtverwaltung und der Stadtvertretung. Die Verwaltungsberichte und die z. T. ausführlichen Sitzungsberichte in den 'Amtlichen Bekanntmachungen' zeigen, wie nachhaltig und intensiv sich Legislative und Exekutive mit den Problemen auseinandersetzten. In den Notjahren kamen sie kaum zu weiterführenden Plänen bezüglich der Stadtsanierung und anderer ebenso notwendiger Projekte. Die Sorge um die Notstände beanspruchten Energie und Initiative so stark, daß neben den laufenden Geschäften der Verwaltung kaum Zeit und Kraft für andere Objekte blieben. Die in diesem Abschnitt beschriebenen Maßnahmen sind ausgewählte Beispiele für die zahlreichen Bemühungen, die Stadtverwaltung und Stadtvertretung aufwandten, um die Not zu lindern und abzuwehren.

Einige Tage vor der Besetzung der Stadt ermächtigte das EWA die Kleinhändler, ihre vorräthigen Lebensmittel möglichst gleichmäßig im Freiverkauf an ihre Kunden zu verteilen, da mit Plünderungen und einem Ausfall der Versorgung zu rechnen sei. Diese Maßnahme half den Haushaltungen, die Versorgungsschwierigkeiten der ersten Besatzungsphase zu überwinden²¹⁰). Am 14. 4. und 16. 4. wies das EWA im Einvernehmen mit der Militär-Regierung die Bevölkerung auf die gespannte Ernährungslage hin und forderte zur sparsamsten Verwendung der vorräthigen Nahrungsmittel auf. Der weitere Freiverkauf von Lebensmitteln und Brennstoffen war nun wieder untersagt²¹¹). Sodann stellte das EWA die Lebensmittelvorräte fest und beschlagnahmte die Brennstoffbestände. Diese Eingriffe waren nötig, weil es zunächst kaum möglich war, Brennstoffe und Lebensmittel aus den Erzeugergebieten heranzuschaffen²¹²).

Da nur eine verstärkte Selbstversorgung die zu erwartenden Schwierigkeiten mildern konnte, rief die Verwaltung auf, alle verfügbaren Ländereien für den Anbau von Nahrungsmitteln nutzbar zu machen. Dies mußte schnell geschehen, damit im Herbst eine erste Ernte zur Verfügung stand. An alle Jugendlichen der Jahrgänge 1925—1932 erging ein Aufruf zur tätigen Mithilfe²¹³).

Die nächste Sorge galt der Kartoffelkäferabwehr, die in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Unter Anleitung sachkundiger Personen begann in den 12 Suchbezirken der Stadt bald die Suche nach den Schädlingen. Die Kartoffelkäfer stellten damals eine wirkliche Gefahr für die Versorgung dar, der man nur schwer Herr werden konnte²¹⁴).

Als die oberen Behörden wieder funktionierten, schalteten sie sich auch ihrerseits mit Anordnungen und Maßnahmen ein. Am 28. 11. 45 erklärte der Regierungspräsident in Arnsberg zur wichtigsten Aufgabe der Unterbehördenleiter, für die notwendige Versorgung der Gemeinden zu sorgen²¹⁵).

Die Stadt- und Landkreise, deren Kartoffelerzeugung für den eigenen Gebrauch nicht ausreichten, erhielten ländliche Gebiete in der britischen Besatzungszone zugewiesen, aus denen sie bestimmte Mengen zu holen hatten. In den Ablieferungsgebieten kam es wiederholt zu Schwierigkeiten, weil die Bauern sich weigerten, von ihren Vorräten in andere Gebiete abzugeben. Der Regierungspräsident gab durch eine Verfügung vom 26. 10. 46 bekannt, daß Kommissionen, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften, politischen Parteien, der Verwaltung und aus Offizieren der Militär-Regierung in die Versorgungsgebiete fahren sollten, um dort an Ort und Stelle mit den Bauern zu verhandeln²¹⁶). Die von Lüdenscheid ausgesandten Kommissionen führten ihre Verhandlungen mit Erfolg durch²¹⁷).

Im Hinblick auf die ungünstige Verkehrslage der Stadt beantragten Stadtverwaltung und Stadtvertretung für Lüdenscheid eine Bevorratung von 4—6 Wochen. Da die meisten Lebensmittel mit Lkw in die Stadt transportiert wurden, mußte man damit rechnen, daß Lüdenscheid in den Wintermonaten zeitweise von Zufuhren abgeschnitten werden konnte. Die Landesregierung befürwortete diesen Antrag, sie konnte ihn aber bei der Militär-Regierung nicht durchsetzen²¹⁸).

Für die Schüler bedeutete die vom EWA ab 1946 durchgeführte Schulspeisung eine wertvolle Hilfe. Im Rechnungsjahr 1947 gab das EWA täglich an 8200 Schülern Mahlzeiten mit einem Nährwert von je 350 Kalorien aus. Besonders bedürftige Personen erhielten in der vom EWA eingerichteten Volksküche gegen geringe Markenabgabe und für wenig Geld eine Suppenmahlzeit. Im Rechnungsjahr 1947 gab die Volksküche ca. 250.000 Mahlzeiten ab²¹⁹).

Die Stadtverwaltung bemühte sich gemeinsam mit der heimischen Industrie, in eigener Regie Lebensmittel nach Lüdenscheid zu holen. Die von dem Landesernährungsamt gelieferten Rationen reichten nicht aus, die Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Mit Hilfe der einheimischen Industrie stieg die Stadtverwaltung groß in das damals übliche Kompensationsgeschäft ein. Die Fahrten der städtischen Transporte führten nach Bayern, wo man Fleisch eintauschte und nach Norddeutschland, wo es Mehl gab. Ohne diese Eigenleistung der Stadt wären Störungen in der Versorgung nicht zu vermeiden gewesen²²⁰).

Besondere Bemühungen wandte die Verwaltung auf, um Lüdenscheid in das Notstandsgebiet für Ernährung einzubeziehen. Sie stellte am 14. 6. 47 einen entsprechenden Antrag und begründete ihn mit den in Abschnitt 3 dieses Kapitels genannten örtlich bedingten Schwierigkeiten. Die Gewerkschaft unterstützte mit einer Entschliebung vom 19. 6. 47 diesen Antrag und wies besonders auf die schlechte Lage der Arbeiterschaft hin²²¹). Der Kreisoffizier, Major Mirylees, befürwortete seinerseits den Antrag, da er aus eigener Anschauung um die Not in Lüdenscheid wußte. Über den Antrag hatte der Wirtschaftsrat für die Zweizonenverwaltung zu entscheiden. Die Landesregierung unterstützte den Antrag mit einer wohlwollenden Stellungnahme. Da eine Entscheidung lange auf sich warten ließ, sprach am 8. 2. 48 der Stadtverordnete Welke (MdL) bei dem Landesminister für Ernährung, Heinrich Lübke, vor. Welke erfuhr, daß der Minister Lüdenscheid in das Notstandsgebiet mit einbezog, welches 7 Millionen Menschen umfaßte. Die Militär-Regierung setzte diese Zahl aber auf 5 Millionen Einwohner herab und strich dabei Lüdenscheid von der Liste der vorgesehenen Gemeinden. Am 18. 2. 48 versuchten Oberstadtdirektor Born und der Stadtverordnete E. Welke durch persönliche Vorsprache bei der Zweizonenverwaltung eine Entscheidung zu erlangen. Sie stellten fest, daß zum Notstandsgebiet Bezirke gehörten, die Lüdenscheid mit 'Hamsterwaren' versorgten (z. B. Beckum und Lüdinghausen). Die

Zweizonenverwaltung zeigte zwar Verständnis für die Lüdenscheider Situation, sie konnte aber bei der Militär-Regierung nichts für die Stadt ausrichten²²²).

Die Stadtvertretung versuchte, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Bemühungen der Verwaltung zu unterstützen. Sie äußerte sich in verschiedenen Protesten und Entschliebungen zu der Versorgungsanlage der Stadt. In einer Entschliebung vom 7. 8. 46 heißt es: „Im Namen der hungernden Bevölkerung protestiert die von der Militär-Regierung eingesetzte Stadtvertretung gegen die umfassende Verelendung durch Hunger und Not. Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulosefälle sowie der allgemeine Schwächezustand zwingen uns zur Beleuchtung der katastrophalen Auswirkungen einer völlig unzureichenden Ernährung. Die vor einiger Zeit erfolgte Kürzung der Fettrationen um 50% stellt eine Belastung dar, die unerträgliche Zustände geschaffen hat...“²²³)

Die Entschliebung befaßte sich weiterhin mit der Wohnungsnot und dem Flüchtlingselend. Sie warf den zuständigen Behörden vor, die britischen Stellen nicht mit Nachdruck darauf hingewiesen zu haben, daß ihre Anordnungen nicht immer durchzuführen seien²²⁴). Zum Schluß warnte die Stadtvertretung davor, „... daß dieser Apell an die Menschlichkeit der britischen Behörden nur als formeller Protest gewertet wird, da die Verzweiflung hungernder und frierer Menschen einer Entwicklung zurecht, für die niemand die Verantwortung übernehmen kann, die aber im Chaos enden würde.“²²⁵)

Die aus den Kommunalwahlen vom Oktober 1946 gewählte Stadtvertretung wies in einer Entschliebung vom 26. März 1947 die Militär-Regierung und die deutschen Regierungsstellen mit Nachdruck auf die steigende Ernährungsnot der Bevölkerung hin: „Die Stadtvertretung Lüdenscheids erhebt schärfsten Protest gegen die Unzulänglichkeiten in der Ernährungslage. Sie weist darauf hin, daß bei Fortdauer der Schwierigkeiten in der Versorgung sie nicht mehr die Garantie dafür übernehmen kann, daß die Bevölkerung nicht zu Selbsthilfeaktionen schreitet, und fordert, daß sowohl die englischen wie die deutschen Verwaltungsstellen alles daran setzen, um eine Besserung der Ernährungslage herbeizuführen... Die Stadtvertretung teilt die Ansicht der Bevölkerung, daß die ausgegebenen Lebensmittelmengen nie mit der vorgesehenen Kalorienzahl von 1550 übereinstimmen. Sie ist der Auffassung, daß der Widerspruch zwischen den Aufrufmengen und den tatsächlich ausgegebenen Kalorien nicht verschleiert werden darf und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden muß.“²²⁶)

Oberstadtdirektor Born bemerkte am 13. Mai 1960 mit Recht, daß als Verteidigungsmittel nur papierene Proteste und Resolutionen zur Verfügung standen²²⁷). Eine Wende der Not konnten sie nicht bringen, da hierfür die Voraussetzungen im ganzen Lande fehlten. Sie konnten nur die Mißstände aufzeigen und auf Fehler in der Organisation und Bürokratie hinweisen. Ihr Wert liegt mehr in dem erwachenden politischen Bewußtsein einer Stadtvertretung, deren Mitglieder es nach 12jähriger Meinungsunfreiheit wieder wagten, kritisch und selbstbewußt an die Öffentlichkeit zu treten.

Neben den gemeinsamen Entschliebungen wagten einige Mitglieder in privater Initiative Schritte zu unternehmen, um der notleidenden Bevölkerung zu helfen. Hierzu gehört die Resolution der 'Frauen Lüdenscheids', die ein Schreiben der Ratsfrau Weyrich (CDU) an Lord Beveridge und Lord Parkenham begleitete. Lord Beveridge, ein bekannter englischer Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker, sprach sich damals wiederholt gegen die Pläne aus, die vorsahen, den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands zu erschweren. Er setzte sich auch für die Aufnahme Deutschlands in den Europarat

ein. Lord Parkenham war Kanzler der Grafenschaft Lancaster. Er überprüfte einige Male die Lebensmittelversorgung in Deutschland. Am 5. Mai 1947 wandte Frau Weyrich sich an beide Herren mit der Bitte, ihren Einfluß für eine bessere Ernährungslage in der Britischen Zone geltend zu machen. Diesen Briefen lag eine Resolution der „Frauen Lüdenscheids“ bei, die von 4 Ratsfrauen und den Vorsitzenden der Lüdenscheider Frauenverbände unterzeichnet war. Lord Beveridge erwiderte, daß es ihm z. Z. nicht möglich sei, entsprechende Schritte zu unternehmen, und Lord Parkenham wies in seinem Antwortbrief auf die allgemeine schwierige Weltenernährungslage hin. Er schrieb, daß gerade eine Wanderausstellung durch England führe, die die englische Bevölkerung über die Ernährungsnot in der Britischen Zone aufkläre²²⁹). Die beiden Herren konnten trotz guten Willens nicht viel unternehmen, da die englische Bevölkerung ebenso Not litt und ihre Rationen zugeteilt bekam. Aus dem Schreiben der Frau Weyrich geht hervor, daß man hier die englische Situation nicht genug kannte und England noch für ein reiches Land hielt, das aus seinen Kolonien genug Lebensmittel beziehen konnte.

c. Die Lüdenscheider Notpfennige

Im Herbst 1947 regte Oberbürgermeister Hueck an, in Lüdenscheid einen Notpfennig prägen zu lassen, dessen Verkaufserlös zur Linderung der Not verwandt werden sollte²³⁰. Der Verwaltungs-Hauptausschuß faßte dazu am 10. 12. 47 folgenden Beschluß: „Der Verwaltungs-Hauptausschuß beschließt, nach vorgelegtem Entwurf einen ‚Notpfennig der Stadt Lüdenscheid‘ prägen zu lassen, der in 4 Ausführungen gegen Geld- und Sachspenden angeboten werden soll²³¹).“

Die Stadtvertretung erteilte ihre Zustimmung und legte fest, daß der Verkaufserlös den Ostvertriebenen und Bedürftigen über den Rahmen der öffentlichen Fürsorge hinaus zukommen sollte²³¹). Den Entwurf fertigte der Lüdenscheider Grafiker Gauchel an. Auf der Vorderseite trug der Notpfennig eine Nachbildung des alten Stadtsiegels von 1300 mit dem Stadtwappen und auf der Rückseite eine Ähre als Symbol der Fruchtbarkeit mit der Umschrift „Unser täglich Brot gib uns heute — Lüdenscheid im Jahre der Dürre 1947“. Die Ausgabe des Jahres 1947 erschien in 4 Ausführungen²³²):

- | | |
|------------------------|----------|
| 1) Altsilber | = 300 RM |
| 2) Bronze patiniert | = 100 RM |
| 3) Tombak | = 50 RM |
| 4) Tombak, verkl. Form | = 20 RM |

Der Verkauf erfolgte durch die Städtische Sparkasse. Die eingehenden Gelder verteilte das Wohlfahrtsamt, der Wohlfahrtsausschuß und der Verteilerausschuß des EWA an die in Frage kommenden Familien²³³). Krins gibt den Verkaufserlös mit 67 000 RM an²³⁴), während Zuncke die Nettoeinnahme von 77 000 RM nennt²³⁵). Da Zuncke als Dezernent des EWA über die genauen Angaben verfügte, kann seine Angabe als verbindlich gelten.

Im Herbst 1948 erschien die zweite Ausgabe des Lüdenscheider Notpfennigs (siehe Abbildungen). Der Entwurf stammte diesmal von dem Graveur W. Jüngermann. Träger dieser Aktion waren nun die freien Wohlfahrtsverbände, die auch den Verkaufserlös an die Bedürftigen verteilten. Die Stadtverwaltung beteiligte sich nur mittelbar durch das Wohlfahrtsamt. Der Erlös war jetzt in erster Linie für Alte und Kranke gedacht²³⁶). Im Hinblick auf die Währungsreform war der Verkaufspreis niedrig gehalten. Die Notpfennige der zweiten Ausgabe kosteten jetzt nur 1 DM und 0,50 DM. Nach Krins betrug der Verkaufserlös immerhin 23 000 DM²³⁷). Der effektive Erfolg ist jedoch ebenso hoch anzusehen, da die DM im Gegensatz zur RM erheblich mehr Kaufkraft besaß und nun

wieder ein entsprechendes Warenangebot vorlag. Krins schreibt in seinem Aufsatz auch über die Hagener ‚Notopfer-Medaille‘, deren Herausgabe der Lüdenscheider Notpfennig anregte. Die Medaille erschien aber erst im Jahre 1949 und erzielte keinen wesentlichen Erlös. Die Einnahmen überschritten die Ausgaben nicht erheblich²³⁸).



Lüdenscheider Notpfennig v. 1948 (Vorderseite)



Lüdenscheider Notpfennig v. 1948 (Rückseite)

Quellen- und Literaturverzeichnis

- 118) Vgl. AB — Nr. 247 — v. 31. 1. 50
- 119) Verw.-Bericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd. 120) ebd.
- 121) Vgl. AB — Nr. 20 — v. 23. 6. 45
- 122) Vgl. AB — Nr. 79 — v. 25. 5. 46
- 123) Vgl. Pahl, Das kulturelle Leben in Lüdenscheid in: Der Märker, Heft 8/1968, S. 135 f.
- 124) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 57
- 125) Vgl. Pahl, Das Bergstadtheater in: Lüdenscheider Nachrichten v. 4. 7. 64
- 126) Vgl. Pahl, Künstleragenturen und Theater in Lüdenscheid 1945—1949 in: Der Märker, Heft 7/1966, 15. Jahrg., S. 125 f.
- 127) Zitiert bei Pahl, ebd.
- 128) Vgl. Pahl, ebd.
- 129) Zitiert bei Bührmann, Zur Volkshochschule, nicht veröffentlichter Bericht, Lüdenscheid, 1952
- 130) Zitiert bei Bührmann, ebd.
- 131) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 57
- 132) Pahl, Künstleragenturen und Theater in Lüdenscheid 1945—1949, a.a.O., S. 125 f.
- 133) Verw.-Bericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 134) Vgl. Günther, April 1945, a.a.O.
- 135) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 136) Schriftl. Erinnerungen v. A. D. Rahmede, St.A.Lüd.
- 137) Schriftl. Erinnerungen v. W. Kattwinkel, St.A.Lüd.
- 138) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 139) Vgl. Schriftl. Erinnerungen v. W. Kattwinkel, St.A.Lüd.
- 140) Mündl. Auskunft v. W. Kattwinkel
- 141) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 51
- 142) Vgl. Zuncke, ebd., S. 51
- 143) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 144) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 38
- 145) Vgl. Born, 15 Jahre Selbstverwaltung
- 146) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 39

- 147) Vgl. Born, 15 Jahre Selbstverwaltung
- 148) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 149) Vgl. AB — Nr. 108 — v. 21. 12. 46
- 150) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 151) Vgl. AB — Nr. 99 — v. 12. 10. 46
- 152) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 153) Zitiert in AB — Nr. 100 — v. 12. 10. 46
- 154) Zitiert ebd.
- 155) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 39
- 156) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 157) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 30
- 158) Vgl. Antrag auf Einbeziehung Lüdenscheids in das Notstandsgebiet für Ernährung, St.A.Lüd., B — 1082
- 159) Vgl. ebd.
- 160) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 161) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 32
- 162) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 163) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 31
- 164) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 165) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 166) Vgl. AB — Nr. 90 — v. 10. 8. 46
- 167) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 168) Vgl. ebd.
- 169) St.A.Lüd., B — 1082
- 170) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947, St.A.Lüd.
- 171) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 31
- 172) Vgl. ebd., S. 32
- 173) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 174) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 36
- 175) Vgl. Akten des EWA — St.A.Lüd.
- 176) Vgl. ebd.
- 177) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 36
- 178) Mündl. Auskunft v. H. Born
- 179) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 180) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 181) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 182) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 183) Heinrich Franke, 20 Jahre Flüchtlingsamt in Lüdenscheid — Ein Bericht für die Zeit von 1945 bis 1965 — Lüdenscheid, o. J.
- 184) Vgl. Franke, a.a.O., S. 2
- 185) Vgl. Franke, ebd., S. 4
- 186) Vgl. Franke, ebd., S. 4
- 187) Zitiert bei Franke, ebd., S. 5, auch: Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945
- 188) Vgl. Franke, ebd., S. 12
- 189) Vgl. Franke, ebd., S. 11
- 190) Vgl. Franke, ebd., S. 18
- 191) Vgl. Franke, ebd., S. 17
- 192) Vgl. Franke, ebd., S. 35
- 193) Vgl. Franke, ebd., S. 37
- 194) Vgl. Franke, ebd., S. 39
- 195) Vgl. Franke, ebd., S. 40
- 196) Vgl. AB — Nr. 108 — v. 14. 12. 46
- 197) Vgl. Akte — 000 — 4b — Bl. 292 f., St.A.Lüd.
- 198) Vgl. vom Orde, August, 125 Jahre Krankenversicherung, Lüdenscheid, 1955, S. 36 f.
- 199) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 61
- 200) Vgl. vom Orde, a.a.O., S. 36 f.
- 201) Vgl. Franke, a.a.O., S. 14
- 202) Vgl. Antrag auf Einbeziehung Lüdenscheids in das Notstandsgebiet für Ernährung — St.A.Lüd., B — 1082
- 203) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 204) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 38
- 205) Zitiert in AB — Nr. 60 — v. 12. 1. 46
- 206) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 38
- 207) Vgl. Zuncke, ebd., S. 38
- 208) Vgl. AB — Nr. 16 — v. 9. 6. 45
AB — Nr. 85 — v. 6. 7. 46
AB — Nr. 95 — v. 9. 9. 46
- 209) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 38
- 210) Vgl. Zuncke, ebd., S. 30
- 211) Vgl. AB — Nr. 1 — v. 16. 4. 45
- 212) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1945, St.A.Lüd.
- 213) Vgl. AB — Nr. 4 — v. 26. 4. 45
- 214) Vgl. AB — Nr. 14 — v. 2. 6. 45
- 215) Vgl. Rundverfügung des Reg.-Präs. in Arnberg, Akten des EWA Lüd., St.A.Lüd.
- 216) Vgl. ebd.
- 217) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 218) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1946
- 219) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 220) Vgl. ebd.
- 221) Vgl. Antrag auf Einbeziehung Lüdenscheids in das Notstandsgebiet für Ernährung, St.A.Lüd., B — 1082
- 222) Vgl. ebd.
- 223) Zitiert in: AB — Nr. 90 — v. 10. 8. 46
- 224) Vgl. ebd.
- 225) Vgl. ebd.
- 226) Zitiert bei Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 31
- 227) Vgl. Born, 15 Jahre Selbstverwaltung
- 228) Akte im St.A.Lüd., o. Bezeichnung
- 229) Vgl. Krins, Die Lüdenscheider Notpfennige und die Hagener Notopfer-Medaille, in: Der Märker, Heft 10/1966, S. 177 f.
- 230) Vgl. Verwaltungsbericht f. d. Rj. 1947
- 231) Vgl. ebd.
- 232) Vgl. ebd.
- 233) Vgl. ebd.
- 234) Vgl. Krins, a.a.O.
- 235) Vgl. Zuncke, Lüdenscheid 1941—1948, S. 49
- 236) Vgl. AB — Nr. 200 — v. 30. 11. 48
- 237) Vgl. Krins, a.a.O.
- 238) Vgl. Krins, ebd.

Bildmaterial

Abdruck der Amtlichen Bekanntmachungen Nr. 1 und der Lebensmittelmarken; St.A.Lüd.
Lüdenscheider Notpfennig von 1948; D. Schmale

Abkürzungen

EWA = Ernährungs- und Wirtschaftsamt
AB = Amtliche Bekanntmachungen
St.A.Lüd. = Stadtarchiv Lüdenscheid

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein. Schriftleitung: Dr. Walter Hostert. Druck: Lüdenscheider Verlags-Gesellschaft.